

## Anfragen zum Plenum in der 7. Kalenderwoche

Verzeichnis der Fragenden mit Fragen (alphabetisch)
--

**Renate Ackermann**  
(GRU)

Angesichts der Tatsache, dass der im Bayerischen Kinderbildungs- und -betreuungsgesetz (BayKiBiG) in Artikel 21 Absatz 5 festgelegte Gewichtungsfaktor von 4,5 plus x in den Nürnberger Horten nicht zur Anwendung kommt, da unterschiedliche Rechtsauffassungen bezüglich des BayKiBiG und des SGB VIII bzw. SGB XII existieren, frage ich die Staatsregierung, wie wird der Gewichtungsfaktor für Kinder mit Behinderung in Bayern bei Kinderhorten angewendet, wie verfahren hier die einzelnen Bezirke und Kommunen und wann ist mit einer bayernweit einheitlichen Regelung zu rechnen?

**Margarete Bause**  
(GRU)

Wie genau lauten die Projekttitle für die Investitionen für den Bereich Mechatronik, für die Weiterentwicklung der Faserverbund-Werkstoffe und für den Ausbau des Augsburger Hauptbahnhofes, die Wirtschaftsminister Huber auf der Klausur der schwäbischen CSU Ende Januar 2007 in Rain angekündigt hat, auf welche Summen belaufen sich diese und aus welchen Haushaltstiteln sollen sie finanziert werden?

**Susann Biedefeld**  
(SPD)

Trifft es zu, dass das Staatliche Schulamt Bamberg für die Volksschule Gangolfschule in Bamberg einen Antrag auf Einrichtung einer Ganztagsklasse (Hauptschule) gestellt hat und wenn ja, wann ganz konkret ist mit der Genehmigung sowie mit den Zuschüssen für die Errichtung dieser Ganztagsklasse zu rechnen?

**Rainer Bouter**  
(SPD)

Am 13. März findet in Würzburg eine so genannte Bahnkonferenz mit hochrangigen Bahnvertretern statt bei welcher insbesondere die umfassende und barrierefreie Sanierung des Würzburger Hauptbahnhofes besprochen werden soll, deshalb frage ich die Staatsregierung, ob auch Vertreter der Staatsregierung eingeladen sind, in welcher Form sich die Staatsregierung in diese Gespräche einbringen will und, falls bisher keine Einladung vorliegt, ob die Staatsregierung eine offizielle Einladung erwartet?

**Eike Hallitzky**  
(GRU)

Wie hoch ist jeweils der Anteil an EU-Mitteln (ESF), Bundesmitteln, kommunalen Mitteln, Mitteln der Bundesagentur für Arbeit und originär bayerischen Landesmitteln, aus denen sich die 630 Mio. Euro des neuen Förderprogramms für mehr Wachstum und Beschäftigung in Bayern, das in der Kabinettsitzung vom 30.01.2007 verabschiedet wurde, zusammensetzen und zu welchen Teilen sollen sie auf die drei vorgesehenen Bereiche Verbesserung der Chancen von jungen Menschen, Maßnahmen zur Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit und Qualifizierungsangebote für die Arbeitsmärkte der Zukunft und den geplanten Zeitraum von 7 Jahren verteilt werden?

**Dr. Hildegard Kronawitter**  
(SPD)

In welcher Höhe wird die Staatsregierung gemäß ihrer Ankündigung im "Programm für Bayerns ländlichen Raum" für Gemeindeallianzen und Leader-Aktionsgruppen Mittel aus dem Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) im Förderzeitraum 2007 bis 2013 einplanen, wie ist die Co-Finanzierung dafür vorgesehen und sind in den Haushaltsjahren 2007 und 2008 eigene Landesmittel hierfür vorgesehen?

**Franz Maget**  
(SPD)

Beabsichtigt die Staatsregierung eine Veränderung des Verwendungszweckes beim Büchergeld?

**Thomas Mütze**  
(GRU)

Nach Mitteilung der Regierung von Unterfranken wird der Schulversuch "Gebundene Ganztagsgrundschule" zum Schuljahr 2007/2008 deutlich ausgeweitet und dafür soll es im Schuljahr 2008/2009 keine Ausweitung geben, daher frage ich die Staatsregierung, was die Formulierung "deutlich ausgeweitet" in Zahlen ausgedrückt bedeutet und wie die Planung für das Schuljahr 2008/2009 ist?

**Christa Naaß**  
(SPD)

Nachdem die Landkreise seit vergangenem Jahr für das Bibermanagement zuständig sind, frage ich die Staatsregierung, in welcher Höhe sich der Freistaat Bayern an den für die Landkreise entstandenen Aufwendungen beteiligt?

**Gudrun Peters**  
(SPD)

Wie reagiert die Staatsregierung auf die problematische Situation in der Grundschule Loiching, in der wegen des Ausfalls zweier Lehrerinnen Eltern die Kinder in den betroffenen Klassen beaufsichtigen müssen und versuchen, durch Hausaufgaben und Proben das Defizit an Unterricht zu ersetzen?

**Hans-Ulrich Pfaffmann**  
(SPD)

Beabsichtigt die Staatsregierung die Rücknahme des Büchergeldes zum kommenden Schuljahr 2007/2008?

**Karin Pranghofer**  
(SPD)

Nachdem nun der Schulversuch "Gebundene Ganztagsgrundschule" zum Schuljahr 2007/2008 deutlich ausgeweitet werden soll, aber es im Schuljahr 2008/2009 bereits keine weitere Ausweitung geben soll, frage ich, was eine "deutliche Ausweitung" eigentlich bedeutet?

**Dr. Martin Runge**  
(GRU)

Wie viel Geld zahlt/zahlte die Staatliche Lotterieverwaltung Bayern dem FC Bayern München je Jahr für die vereinbarte Werbepartnerschaft für ODDSET und in welcher Größenordnung bewegen/bewegten sich die Geldzahlungen der Staatlichen Lotterieverwaltung Bayern an andere bayerische Profi-Fußballvereine (1. FC Nürnberg, SpVgg Greuther Fürth, SV Wacker Burghausen, FC Augsburg und SpVgg Unterhaching)?

**Adelheid Rupp**  
(SPD)

Nachdem sich mit der Novellierung des Bayerischen Hochschulrechts in der Umsetzung immer wieder Fragen ergeben - insbesondere bei der Verwendung der von den Hochschulen eingenommenen Studienbeiträge Klärungsbedarf besteht - frage ich die Staatsregierung, ob es der Vorgabe der Staatsregierung entspricht, dass Studienbeiträge allein zu Gunsten der Lehre verwendet werden sollen oder wäre es auch im Sinne des Gesetzgebers, wenn diese Einnahmen für Baumaßnahmen genutzt werden?

**Franz Schindler**  
(SPD)

Kann die Staatsregierung bestätigen, dass sich Angehörige des öffentlichen Dienstes und Studenten seit der Einführung der Zweitwohnungssteuer an ihren Dienst- bzw. Studienorten in größerer Zahl in ihren Heimatgemeinden mit Erstwohnsitz abgemeldet und diesen an ihren Dienst- bzw. Studienorten angemeldet haben, um so der Erhebung der Zweitwohnungssteuer zu entgehen und dass dadurch insbesondere ländlichen Gemeinden, die die Zweitwohnungssteuer nicht eingeführt haben, Einwohner und damit auch Steuermittel verloren gehen und falls ja, um welche Größenordnung handelt es sich hierbei?

**Kathrin Sonnenholzner**  
(SPD)

Wann ist mit dem Baubeginn der Ortsumgehung Weßling auf der Staatsstraße 2068 zu rechnen, deren Einstufung in die erste Dringlichkeit schon vor Jahren erfolgt ist?

**Adi Sprinkart**  
(GRU)

Welche Reaktionen erfolgten im Hinblick auf die mit Schreiben des Landratsamts Fürth, Veterinäramt vom 06.11.2005 an die Stadt Nürnberg, nachrichtlich an die Regierung von Mittelfranken, zur Weiterleitung an das zuständige Ministerium, vorgetragenen gesetzlichen Änderungsvorschläge, befürwortet die Staatsregierung diese Vorschläge und welche konkreten Schritte zur Umsetzung auf Landes- und Bundesebene wurden gegebenenfalls bereits ergriffen?

**Christine Stahl**  
(GRU)

Wie viele Online-Durchsuchungen - durchgeführt von bayerischen Behörden - hat es seit 2003 hinsichtlich welcher vermuteten und/oder versuchten bzw. hinsichtlich welcher begangenen Straftaten gegeben?

**Simone Tolle**  
(GRU)

Nach der Ankündigung des Kultusministerium in der zweiten Schuljahreshälfte zusätzlich 150 Stellen für die mobile Reserve an Volksschulen zu schaffen, frage ich die Staatsregierung, wie viele Planstellen für mobile Reserve an Volksschulen es jeweils zum 31.12. 2006, 28.02.2007 und 01.09.2007 gab oder gibt?

**Rainer Volkmann**  
(SPD)

Nachdem im Regionalverkehr zwischen Ingolstadt und Nürnberg eine Reisegeschwindigkeit von 200 km/h erreicht wird, frage ich die Staatsregierung, wie lange wäre ein Zug vom Münchner Ostbahnhof zum Flughafen unterwegs, der diese Reisegeschwindigkeit erreicht und lediglich in Unterföhring und Ismaning hält?

**Hans Joachim Werner**  
(SPD)

Wann ist angesichts des verheerenden Zustands der Staatsstraße 2043 von Niederarnbach nach Hohenwart vorgesehen, die Straße grundlegend zu sanieren, bzw. kann das im Landkreis Neuburg-Schrobenhausen liegende Teilstück nicht schnellstmöglich wenigstens soweit instand gesetzt werden, wie das im Bereich des Landkreises Pfaffenhofen bereits der Fall ist?

**Johanna Werner-Muggendorfer**  
(SPD)

Ist das Kreisjugendamt als Aufsichtsbehörde für die Kinderbetreuungseinrichtungen befugt, bei der zu beanstandenden Betriebserlaubnis von dem vorgegebenen Anstellungsschlüssel abzuweichen, also z.B. bei Wald-Kindergärten einen Schlüssel von 1:6 oder 1:7 vom Träger zu verlangen?